



Stadt Eschweiler  
Der Bürgermeister  
202 Abteilung Zahlungsabwicklung

Vorlagen-Nummer

**022/13**

1

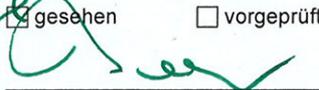
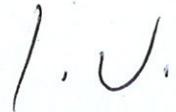
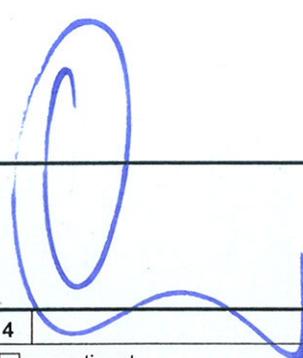
# Sitzungsvorlage

Datum: 18.01.2013

Beratungsfolge		Sitzungsdatum	TOP
1. Kenntnisgabe	Stadtrat	öffentlich	30.01.2013
2.			
3.			
4.			

## Konzept zur Einrichtung eines Forderungsmanagements in der Zahlungsabwicklung der Stadt Eschweiler; Aktueller Verfahrensstand

Die Ausführungen der Verwaltung zum aktuellen Verfahrensstand hinsichtlich der Einrichtung eines Forderungsmanagements in der Zahlungsabwicklung der Stadt Eschweiler werden zur Kenntnis genommen.

A 14 - Rechnungsprüfungsamt <input checked="" type="checkbox"/> gesehen <input type="checkbox"/> vorgeprüft 		Unterschriften  	
1	2	3	4
<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt
<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>	<b>Abstimmungsergebnis</b>
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung

### Sachverhalt:

In der Sitzung des Stadtrates am 14.12.2011 wurde mit Verwaltungsvorlage Nr. 364/11 das Konzept zur Einrichtung eines Forderungsmanagements vorgestellt und zur Kenntnis genommen.

Der aktuelle Verfahrensstand wurde sodann in der Sitzung des Stadtrates vom 04.07.2012 dargelegt und zur Kenntnis genommen.

Seit Juli 2012 wurden bis zum Dezember 2012 zum Schritt „weitere Verbesserung der Ablauforganisation innerhalb der Vollstreckung“ nachfolgende Maßnahmen umgesetzt:

- Einrichtung eines Dokumentenmanagements einschließlich der Möglichkeit verschiedene Debitorenkonten einer identischen Person zu einem Personenkonto zusammenzufassen
- Beginn der EDV-mäßigen Erfassung von bereits bestehenden Insolvenzverfahren sowie Daten zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung
- Teilweise Einführung der Nutzung einer elektronischen Wiedervorlage
- Einleitung schuldnerbezogener Maßnahmen (z.B. Zusendung einer Vollstreckungsvorankündigung) vor Beauftragung des Vollziehungsbeamten ausschließlich für verschiedene Steuerforderungen ab Oktober 2012 (hierdurch wurden allein im Oktober 2012 13.868,66 € und im November 2012 28.961,76 € beigetrieben)
- Sichtbarmachen in der Vollstreckungssoftware, in welchem Bereich (Innendienst oder Außendienst) eine Akte derzeit bearbeitet wird
- Umstellung der Zustellungsart bei Pfändungen an die Sparkasse Aachen; dadurch Wegfall der Gebühr für die Zustellung per Postzustellungsurkunde

Für das Jahr 2013 ist die Umsetzung folgender Maßnahmen vorgesehen:

- Einsatz von Vollstreckungsvorankündigungen und anschließende zeitnahe Vollstreckung für alle Forderungsarten
- Einzelfallbezogene Nutzung der erweiterten Möglichkeiten im Rahmen der Reform des Zwangsvollstreckungsrechts (Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung vom 25.07.2009), z.B. Einholung der Vermögensauskunft vor Beauftragung des Vollziehungsbeamten
- Einleiten von schuldnerbezogenen Vollstreckungsmaßnahmen durch den Innendienst nach Art und Höhe der Forderung unmittelbar nach der Übertragung der Forderungen in die Vollstreckung
- Aktualisierung und Überarbeitung des Fruchtlosigkeitsprotokolls zur Beschaffung weiterer vollstreckungsrelevanter Informationen sowie generelle Erweiterung der Ermittlungen zwecks Pfändung
- Prüfung der Einsatzmöglichkeit und ggfs. Beschaffung sowie Anwendung von „Ventilwächtern“ anstelle der Parkkralle
- Prüfung und ggfs. Festsetzung neuer zusätzlicher Forderungsarten in der Vollstreckung (Weggeld, Auslagen für Postdienstleistungen, etc.)

Für das Jahr 2014 ff. ist

- der Ausbau und die Verbesserung des Berichtswesen,
- die Einholung von Informationen zur Vorgehensweise und Erfolgsaussicht bei einer Antragstellung zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines Gewerbeuntersagungsverfahrens gegen einen Schuldner und ggfs. die Einleitung desselben,

vorgesehen.

Des Weiteren ist beabsichtigt, die Prozessschritte von der Forderungsentstehung bis zur Vollstreckung zu analysieren und ggfs. zu optimieren.

Zum Schritt „Aufbau des Forderungscontrollings und Berichtswesens“ (Punkt 5.) wird mitgeteilt, dass die Ermittlung der in der Vollstreckung befindlichen Akten und Forderungen bisher mit einem Bericht aus der Vollstreckungssoftware (Vollstreckungsmodul Infoma) ermittelt wurden.

Durch eine nun vorgenommene nähere Analyse dieser Auswertungen im Rahmen des Forderungsmanagements wurde festgestellt, dass die bisher verwendeten Berichte zur Ermittlung des Forderungsbestandes und der Anzahl der Ersuchen Ungenauigkeiten beinhalten. Dies ist insbesondere darin begründet, dass immer nur die Gesamtforderung je Ersuchen betrachtet wird, d.h. Teilzahlungen auf Ersuchen werden nicht entsprechend vermindert berücksichtigt, so dass der ausgewiesene Bestand der in der Vollstreckung befindlichen Forderungen bisher letztlich zu hoch dargestellt wird. Auch wurden bei den abgeschlossenen Ersuchen systemmäßig nicht alle tatsächlich erledigten Posten erfasst, z.B. bei Stundungen oder diversen anderen Gutschriften. Dies wurde jetzt korrigiert, jedoch ist dadurch eine Vergleichbarkeit der betreffenden Jahre bzw. Zeiträume mit Hilfe dieses Berichts für eine Übergangszeit nur eingeschränkt möglich.

Für die Ermittlung der in der Vollstreckung befindlichen Forderungen wird aufgrund der vorstehenden Ausführungen eine andere statistische Auswertung herangezogen. Bei dieser ist es (derzeit) nicht möglich, eine Unterscheidung nach Haupt- und Nebenforderungen vorzunehmen. Die bisher verwendeten Berichte und daraus mitgeteilte Forderungshöhen bezogen sich stets ausschließlich auf die offenen Hauptforderungen.

Nach dieser statistischen Auswertung stellen sich die derzeit in der Vollstreckung befindlichen eigenen Forderungen aktuell wie folgt dar:

offene Haupt- und Nebenforderungen in der Vollstreckung:	4.005.727 € * (Stand: 09.01.2013)
Wertberichtigung:	2.473.000,00 € * (aus JA 2011)
werthaltige Forderungen:	1.532.727,00 €

nachrichtlich:

Befristet niedergeschlagene Forderungen werden seit Dezember 2011 als offene Posten im System geführt. Diese wurden somit bereits vollstreckungsmäßig abgearbeitet. Das Gesamtvolumen dieser Posten beträgt derzeit rund 200.000 €.

\*jeweils gerundet

Die Fallzahlen stellen sich aktuell wie folgt dar:

Zeitraum	Neue Ersuchen	Erledigte Ersuchen	Stand	Neue Ersuchen	Erledigte Ersuchen	Stand	Neue Ersuchen	Erledigte Ersuchen	Stand
	01.01. – 31.12.2010	01.01. – 31.12.2010	31.12. 2010	01.01. – 31.12.2011	01.01. – 31.12.2011	31.12. 2011	01.01. – 31.12.2012	01.01. – 31.12.2012	31.12. 2012
Eigene Ersuchen Anzahl	4.705	3.857	10.770	8.062	5.318	13.514	7.887	7.322	14.079
Fremde Ersuchen Anzahl	3.933	2.597	5.674	4.053	3.106	6.621	3.830	4.333	6.118
Eigene Ersuchen an fremde Kommunen Anzahl	1.548	1.410	3.055	2.017	1.224	3.848	1.672	1.390	4.130

Grundsätzliche Anmerkung: Die Auswertungen stellen stets die aktuellen Werte am Abruftag dar. Änderungen in den Schuldnerposten (z.B. Wohnortwechsel) die Ersuchen aus vorherigen Jahren betreffen, werden laufend aktualisiert. Der Bericht ist somit ständigen Änderungen unterworfen.

Zur Anzahl der erledigten Ersuchen in 2012 ist anzumerken, dass hier die bisher unberücksichtigt gebliebenen erledigten Vorgänge aufgrund von Stundungen oder unbefristeten Niederschlagungen zugeschlagen wurden.

Aufgrund der insgesamt unbefriedigenden Auswertungsmöglichkeiten aus dem Vollstreckungsmodul wird intensiv mit der regioIT daran gearbeitet, Berichte zu entwickeln, die den örtlichen Anforderungen entsprechen.